

# Die Machtressource Drogenökonomie

## Organisierte Kriminalität als sicherheitspolitisches Instrument<sup>1</sup>

Von Raul Zelik

Die These, dass die US-Drogenpolitik in Lateinamerika gescheitert sei, gehört zu den Allgemeinplätzen kritischer Berichterstattung über die Region. Tatsächlich fallen die Berichte des *United Nations Office on Drugs and Crime* (UNODC) ernüchternd aus. So konstatierte UNODC 2007 zwar, dass im wichtigsten Kokainherkunftsland Kolumbien im Vorjahr mehr als 200 000 Hektar Koka-Pflanzen durch Herbizidbesprühungen (172 000 Hektar) oder manuell (41 000 Hektar) vernichtet worden seien. Doch die Netto-Anbaufläche sei dabei nur um 8000 Hektar geschrumpft<sup>2</sup>, weil zerstörte Pflanzungen offensichtlich sofort durch neue ersetzt wurden.<sup>3</sup> Der aktuelle Bericht sieht auf den ersten Blick etwas positiver aus. 2008, so heißt es, sei es Kolumbien gelungen, die Netto-Anbaufläche um 18 Prozent zu reduzieren. Aber auch dieser Erfolg hat Makel: Im gleichen Zeitraum wuchsen nämlich die Anbauflächen in Peru und Bolivien deutlich<sup>4</sup>.

Wie sich die Drogenproduktionsmenge tatsächlich entwickelt, ist auf der Grundlage dieser Berichte allerdings schwer auszumachen. Viele der im Wald verborgenen Koka-Pflanzungen lassen sich aus der Luft nicht ausmachen und bleiben unerfasst. Wie sehr die Expertenschätzungen danebenzuliegen scheinen, zeigte sich, als der wegen Drogenhandels inhaftierte Paramilitärkommandant Salvatore Mancuso die jährlichen Einnahmen des kolumbianischen Drogenhandels mit sieben Mrd. US-Dollar bezifferte<sup>5</sup>. In der wissenschaftlichen Forschung war man bis dahin von 1 bis 1,5 Mrd. US-Dollar ausgegangen.

---

<sup>1</sup> Dieser Aufsatz beruht auf einer ausführlicheren Untersuchung, die 2009 im Verlag Westfälisches Dampfboot erschien. Vgl. Raul Zelik, Die kolumbianischen Paramilitärs. ‚Regieren ohne Staat‘ oder terroristische Formen der Inneren Sicherheit, Münster.

<sup>2</sup> Vgl. [www.unodc.org/pdf/research/icmp/colombia\\_2006\\_sp\\_web.pdf](http://www.unodc.org/pdf/research/icmp/colombia_2006_sp_web.pdf).

<sup>3</sup> Kolumbianische Kleinbauern erklären das damit, dass das genügsame Koka schlichtweg die erste Pflanze sei, die auf den (mit dem Monsanto-Herbizid RoundUp) verseuchten Böden wieder gedeihe.

<sup>4</sup> Vgl. [www.unodc.org/unodc/en/frontpage/2009/June/coca-survey-report-for-colombia-peru-and-bolivia.html](http://www.unodc.org/unodc/en/frontpage/2009/June/coca-survey-report-for-colombia-peru-and-bolivia.html)

<sup>5</sup> Vgl. die Erklärungen Mancusos unter: [www.semana.com/multimedia-nacion/cuentas-coca-mancuso/827.aspx](http://www.semana.com/multimedia-nacion/cuentas-coca-mancuso/827.aspx)

Doch ganz unabhängig davon, ob der lateinamerikanische Drogenhandel nun schrumpft oder nicht, stellt sich eine andere, viel prinzipiellere Frage: Trifft die Annahme, dass der Drogenhandel bekämpft werden soll, überhaupt zu?

Auf den ersten Blick ist die Antwort natürlich eindeutig: Die USA verknüpfen ihre Außen- und Handelspolitik eng mit der Kooperation von Staaten bei der Drogenbekämpfung. Die US-amerikanische *Drug Enforcement Agency* (DEA) überwacht mit großem Aufwand internationale Luft- und Seefahrtswege. Bei den Justiz- und Polizeibehörden existieren die verschiedensten Antidrogenkommissionen, und vor allem die US-Rechte pflegt einen geradezu hysterischen Antidrogendiskurs. Und doch stößt man, wenn man die Politik der USA genauer betrachtet, auf überraschende Widersprüche.

### **Kolumbien: Geopolitik statt Drogenbekämpfung**

Am Beispiel Kolumbien lässt sich das deutlich nachvollziehen: 1998/99 brachte der demokratische Präsident Bill Clinton den sogenannten *Plan Colombia* auf den Weg, in dessen Rahmen jährlich 500 bis 700 Mio. US-Dollar nach Kolumbien fließen. Offiziell wurde das Programm damit gerechtfertigt, dass der kolumbianische Staat bei der Drogenbekämpfung unterstützt werden müsse. Kritiker verwiesen jedoch schon bald darauf, dass 70 Prozent des Programms aus Militärhilfe bestehe und die neu gegründeten Antidrogeneinheiten von ihren US-Ausbildern vor allem in Antiguerrillatechniken gedrillt würden. Auffällig war weiterhin, dass sich die von den USA angeordneten Herbizidbesprühungen auf jene Anbaugelände in Südkolumbien konzentrierten, die unter Guerillakontrolle standen. Insofern war es nur folgerichtig, dass die damalige US-Botschafterin Anne Patterson im Februar 2002 die Bedeutung der Drogenbekämpfung relativierte. Im Rahmen des *Plan Colombia* werde man 100 Mio. US-Dollar zum militärischen Schutz von Ölpipelines bereit stellen, erklärte die Botschafterin in einem Zeitungsinterview und fügte hinzu: „Offen gesprochen hat die Energiesicherheit nach dem 11. September für die USA größte Priorität erlangt.“<sup>6</sup>

Nun könnte man vermuten, die Clinton-Administration habe die Drogenbekämpfung ganz einfach deshalb als Argumentationsfigur vorgeschoben, weil ein Contraguerilla-Programm Ende der 90er Jahre politisch schwer durchzusetzen gewesen wäre. Doch die Drogenbekämpfung geriet in Kolumbien gegenüber der Aufstandsbekämpfung nicht einfach nur ins Hintertreffen. Der *Plan Colombia* stärkte bestimmte Strukturen des Drogenhandels

---

<sup>6</sup> Zit. nach „El Tiempo“, 10.2.2002.

sogar noch, die Verflechtungen von Drogenkriminalität und Staat, Politik und formaler Ökonomie haben zugenommen. Wie konnte es dazu kommen?

Schon vor der Verabschiedung des *Plan Colombia* war bekannt, dass der größte Teil des kolumbianischen Kokains von Häfen im Norden des Landes exportiert wurde. Diese Gegend wird seit Anfang der 90er Jahre von den paramilitärischen AUC-Milizen und der Armee gemeinsam kontrolliert. Bekannt war ferner, dass die FARC-Guerilla zwar eine wichtige Rolle im Koka-Anbau und in der Erstverarbeitung der Blätter zu Kokapaste spielte, dass ihr jedoch im entscheidenden Wertschöpfungssegment – bei der eigentlichen Kokainproduktion und dem Export der Droge – nur eine untergeordnete Bedeutung zukam. Trotzdem richtete sich der *Plan Colombia* in erster Linie gegen die FARC-Gebiete. Hier handelte es sich also um eine bewusste politische Entscheidung.

In den vergangenen Jahren ist der kolumbianische Konflikt fälschlicherweise immer wieder als „Staatszerfall“ beschrieben worden. Die Regierung, so die vorherrschende Erzählung, werde von kriminellen, in den Drogenhandel verstrickten Akteuren – Paramilitärs, Mafiosos, entpolitisierten Guerillas – in die Zange genommen. Dabei wird unterschlagen, dass die Staatsmacht mit einem Teil dieser nichtstaatlichen Gruppen, nämlich den Paramilitärs, bei der Bekämpfung von sozialen Bewegungen und Guerilla stets eng kooperiert hat.<sup>7</sup>

Mit dem Zerfall der AUC-Milizen seit 2003 ist diese Beziehung transparenter geworden. Die Entwicklung der Paramilitärs lässt sich in etwa folgendermaßen skizzieren: Die ersten dieser Gruppen entstanden Anfang der 80er Jahre aus einer Kooperation zwischen staatlichen Sicherheitskräften, ökonomischen Eliten und den Gewaltstrukturen der organisierten Kriminalität. In den 90er Jahren schlossen sich die Paramilitär-Gruppen zu einer politisch auftretenden Organisation zusammen – den „Vereinten Selbstverteidigungsgruppen Kolumbiens“ (AUC). Diese Milizen präsentierten sich zwar als Selbstschutzorganisationen einer von der Guerilla terrorisierten Zivilbevölkerung. Doch tatsächlich stammten die AUC-Gründer, so etwa Diego Murillo oder die Brüder Fidel und Carlos Castaño, aus dem Umfeld des Medellín-Kartells und hatten in den 80er Jahren für verschiedene Drogen-Capos gearbeitet. Zwischen diesen Gewaltunternehmern und der Staatsmacht entwickelte sich eine Art *Franchise*-Beziehung: Die AUC übernahmen Repressionshandlungen gegenüber Gewerkschaftern, Oppositionellen und mutmaßlichen Guerillaunterstützern, wodurch sie sich um die Sicherheit von Staat und Investitionen verdient machten. Im Gegenzug konnten sie weitgehend unbehelligt ihren illegalen Geschäften – Drogenhandel, Schutzgelderpressung, Landraub etc. – nachgehen. Für die Staatsmacht war dieses verdeckte

---

<sup>7</sup> Vgl. Raul Zelik, Staat und Gewalt. Der kolumbianische Paramilitarismus, in: „Blätter“, 4/2005, S. 483-492.  
[http://www.raulzelik.net/images/rztextarchiv/feuilleton/zeli0310\\_1102-korrigiert.pdf](http://www.raulzelik.net/images/rztextarchiv/feuilleton/zeli0310_1102-korrigiert.pdf)

Sicherheitsarrangement ausgesprochen hilfreich: Zentrale Aufgaben der Aufstandsbekämpfung, so etwa die Vertreibung von Zivilisten aus Guerillagebieten, konnten einem scheinbar autonomen Akteur überlassen werden.

Vor diesem Hintergrund wird nun deutlich, warum der *Plan Colombia* den Drogenhandel in Kolumbien nicht schwächte. Staat und Paramilitärs gingen gemeinsam gegen die Opposition und mutmaßliche Guerillaunterstützer vor. Die Paramilitärs jedoch handelten nicht aus politischer Überzeugung, sondern aus unternehmerischem Kalkül. Anders als klassische Auftragsmörder wurden sie für ihre Gewalttaten nicht unmittelbar entlohnt. Sie erhielten vielmehr die Möglichkeit, ihren illegalen Geschäften nachzugehen. Die Gebiete, die die AUC von der Guerilla eroberten, wurden auf diese Weise noch stärker von der Drogenökonomie durchdrungen. Denn während der Kokaanbau für die FARC – die zweite kolumbianische Guerillaorganisation, die ELN, hat ein etwas distanzierteres Verhältnis zur Drogenökonomie und den Anbau in ihren Gebieten teilweise sogar unterbunden – nur ein Mittel zum Zweck ist, nämlich der Finanzierung des Guerillakrieges dient, ist er für die paramilitärischen Gewaltunternehmer das eigentliche Ziel. Politische Gewalt verüben die Paramilitärs, um sich der Drogenökonomie widmen zu können.

Das paramilitärische Gewaltunternehmertum führte aber auch zu einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse innerhalb des Establishments. Die Anführer des *Narcoparamilitarismo*, wie die Verbindung von Drogenhandel und staatstragenden Paramilitärs genannt wird, bereicherten sich auf exorbitante Weise und wurden selbst Teil der Machteliten. Mit Antonio Gramsci könnte man hier von der Herausbildung eines neuen herrschenden Blocks sprechen, die allerdings nicht konfliktfrei verlief. Durch den rasanten Aufstieg der paramilitärischen Gewaltunternehmer herausgefordert, versuchte ein Teil der traditionellen Eliten, Allianzen mit den AUC-Milizen zu schmieden, während sich ein Teil der politischen Klasse auf Konfrontationskurs begab.

Bei diesen Auseinandersetzungen positionierte sich Washington *nicht* auf Seite derjenigen, die die Verflechtungen von Staatsmacht und Narcoparamilitarismus kritisierten, sondern machten sich diese selbst zunutze. Präsident Álvaro Uribe, der den Andenstaat mit massiver Unterstützung aus den USA, der EU und Israel regiert,<sup>8</sup> propagiert zwar eine Law-and-Order-Politik, die so genannte „Demokratische Sicherheit“, unterhält aber selbst seit Jahrzehnten Verbindungen in das drogen-paramilitärische Milieu. Sachverhalt ist bemerkenswert: Der weiterhin wichtigste lateinamerikanische Verbündete der USA steht seit den 80er Jahren

---

<sup>8</sup> Auf Vermittlung der israelischen Regierung sind verschiedene israelische Sicherheitsunternehmen als Berater der Uribe-Administration tätig. Aus der EU kommen Polizei- und teilweise auch Militärhilfe.

unter Verdacht, einer der Hintermänner des drogenfinanzierten Paramilitarismus in Kolumbien zu sein.

Das ist auch in Washington bekannt. So zählte der US-Militärgeheimdienst DIA Uribe 1991 zu den 100 wichtigsten Verbündeten des Drogen-Capos Pablo Escobar.<sup>9</sup> In den 90er Jahren wurde Uribe heftig dafür kritisiert, dass er als Gouverneur der Provinz Antioquia den Aufbau sogenannter Convivir-Sicherheitskooperativen vorantrieb, die als legale Fassaden der AUC-Paramilitärs fungierten. Es ist weiterhin kein Geheimnis, dass Uribe bei den Präsidentschaftswahlen 2002 und 2006 auf die massive Unterstützung der Paramilitärs zählen konnte und dass Dutzende Politiker seiner Regierungskoalition Bündnisse mit den AUC schlossen.<sup>10</sup> Man weiß auch, dass sich Uribes Privatsekretär 2008 im Präsidentenpalast mit einem führenden Vertreter der Medelliner Mafia traf, um Material gegen den Uribe-kritischen Obersten Gerichtshof in die Hände zu bekommen.<sup>11</sup> Und schließlich hat ein hochrangiger Funktionär der Geheimpolizei DAS unlängst in einer eidesstattlichen Erklärung versichert, die DAS-Polizei habe nicht nur – wie schon länger bekannt – bei der Verfolgung von Gewerkschaftern mit den AUC-Paramilitärs zusammengearbeitet (unter anderem übergab die Polizeibehörde Todeslisten, die die Paramilitärs „abarbeiteten“), sondern habe darüber hinaus auch gemeinsam mit den AUC Drogen exportiert. Rafael García, der die Informatikbehörde der DAS leitete und zu den führenden Beamten der Behörde zählte, bezichtigte seinen damaligen Chef, den Direktor der DAS-Polizei Jorge Noguera, nach Mexiko geflogen zu sein, um mit dem mexikanischen Kartell der Brüder Beltrán Leyva eine gemeinsame Handelsroute in die USA zu erschließen. Über Diplomatengepäck habe die Geheimpolizei Drogengelder in Höhe von 100 Mio. US-Dollar nach Kolumbien geschafft, die zur Aufstandsbekämpfung verwendet worden seien. Präsident Uribe, dem die Behörde direkt untersteht, sei darüber informiert gewesen.<sup>12</sup>

---

<sup>9</sup> Defense Intelligence Agency, Intelligence Report – Colombia, 1991, freigegeben unter [www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB131/index.htm](http://www.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB131/index.htm).

<sup>10</sup> Die Auslieferung von 14 AUC-Kommandanten in die USA wird im Gegenzug häufig als Beweis für Uribes Bekämpfung des Paramilitarismus herangezogen. Der Sachverhalt ist jedoch etwas komplexer: Die Uribe-Regierung versuchte 2002 zunächst, die AUC-Paramilitärs zu amnestieren. Erst als dies aufgrund von politischem Widerstand nicht gelang und angeklagte Paramilitärs vor Gericht über ihre Hintermänner in Politik und Wirtschaft auszusagen begannen, ließ Uribe die AUC-Führer verhaften und in die USA ausliefern. Eine Aufklärung der paramilitärischen Verbrechen wurde auf diese Weise unterbunden.

<sup>11</sup> Vgl. „El Espectador“, 25.8 und 13.9.2008; „El Tiempo“, 26.8. und 15.9.2008; „Semana“, 30.8.2008.

<sup>12</sup> Vgl. die Berichte von „Noticias Uno“, 30.8.2009, „Radio Netherlands Worldwide“, 9.9.2009, und „La Jornada“, 11.11.2009.

Wenn man die Frage stellt, wieso die US-Regierung unter Barack Obama zu einem solchen Präsidenten weiterhin privilegierte Beziehungen unterhält, sollte man also davon absehen, den Antidrogendiskurs für bare Münze zu nehmen. Denn es spricht vieles dafür, dass es im geopolitischen Kontexten um ganz andere Fragen geht. Anders ausgedrückt: Kolumbien beweist, dass organisierte Kriminalität und Warlords durchaus Bestandteile der westlichen Sicherheitsarchitektur sein können. Für die USA ist die Verflechtung von Kriminalität und Staatlichkeit in Kolumbien nämlich gleich in mehrerer Hinsicht vorteilhaft: Erstens ist Präsident Uribe, da ihn jederzeit das Schicksal des peruanischen Ex-Präsidenten Alberto Fujimori ereilen kann (der wegen schwerer Menschenrechtsverbrechen unlängst zu 25 Jahren Haft verurteilt wurde), politisch wie ökonomisch erpressbar. Zweitens lässt sich das Konglomerat aus Paramilitärs, Drogenhandel und Geheimpolizei auch außenpolitisch instrumentalisieren. Tatsächlich behauptet der ehemalige DAS-Funktionär Rafael García, seine Behörde habe 2004 gemeinsam mit kolumbianischen Paramilitärs und der venezolanischen Opposition gegen die Chávez-Regierung in Caracas konspiriert. Drittens hat sich die Verbindung von Drogenkriminalität, Auftragsmord und Staatsmacht als effizientes Mittel der Aufstandsbekämpfung erwiesen: Kolumbien ist zwar nicht völlig befriedet, aber ein revolutionärer Umsturz, der vor 25 Jahren möglich schien, ist abgewendet. Die Strukturen und Ressourcen der Drogenkriminalität haben beim Krieg gegen die sozialen Bewegungen eine wichtige Rolle gespielt. Vor allem aber haben sie es ermöglicht, dass der kolumbianische Staat, anders als die Militärdiktaturen der 70er Jahre, nicht als Täter, sondern als Opfer erscheint.

### **Vom goldenen Dreieck zum Opium-Boom in Afghanistan**

Dass die Drogenökonomie Bestandteil herrschaftlicher und imperialer Kalküle sein kann, hat der US-Historiker Alfred McCoy schon Anfang der 70er Jahre am Beispiel des Golden Dreiecks skizziert. In einer detaillierten, auf zahlreichen Feldstudien beruhenden Untersuchung zeichnete McCoy nach, dass die Ausbreitung der Heroinproduktion im Grenzgebiet zwischen Thailand, Laos und Myanmar eng mit der Kriegführung Frankreichs und der Vereinigten Staaten zwischen 1950 und 1975 verknüpft gewesen war.<sup>13</sup>

So hatten französische Offiziere in den 50er Jahren, nachdem sich die französische Armee als ungeeignet für die Partisanenbekämpfung erwiesen hatten, irreguläre Kampfstrategien entwickelt. Die Offiziere rekrutierten Kämpfer unter der ethnischen Minderheit der Hmong,

---

<sup>13</sup> Alfred McCoy, *The Politics of Heroin. CIA Complicity in the Global Drug Trade*, Chicago 1972. (Eine aktualisierte deutsche Fassung erschien 2003 unter dem etwas reißerischen Titel „Die CIA und das Heroin“.)

die mit dem Terrain in Indochina bestens vertraut waren, und setzten sie als „Gegenpartisanen“ gegen die vietnamesischen Aufständischen ein. Da diese als „Paramilitärs“ bezeichneten Hilfstruppen aufgrund der Unpopularität des Indochinakrieges in Frankreich nicht aus offiziellen Mitteln finanziert werden konnten, machten sich die Contraguerrillastrategen den Opiumanbau in der Region zunutze. Sie protegieren den traditionellen Anbau der Hmong und stellten teilweise auch die französische Transportlogistik zur Verfügung.<sup>14</sup> Auf diese Weise erfuhr die Opiatproduktion einen qualitativen Sprung. Dank der neuen Transportwege und der – protegieren – Verbindungen zur organisierten Kriminalität in Indochina, Hongkong und Marseille verwandelte sich der lokal beschränkte Opiumanbau in ein globales Problem.

Dieses Muster wurde, so McCoys These, auch von den USA weiterverfolgt. Nach dem Abzug der Franzosen begann Washington nämlich einen bizarren Geheimkrieg in Laos. Da die USA aufgrund eines internationalen Abkommens nicht direkt in dem südostasiatischen Land eingreifen durften, die Versorgungswege des Vietcong aber durch laotisches Gebiet verliefen, griff man auf verdeckte Mittel zurück. Unter operativer Führung einiger weniger Geheimdienstmitarbeiter wurden die Hmong erneut als Hilfstruppen gegen vietnamesische Partisanen instrumentalisiert.<sup>15</sup> Auch in diesem Fall tolerierte man den Drogenhandel als informelle Einkommensquelle für Verbündete.

McCoys These lautet nun *nicht*, dass sich die Entstehung des Goldenen Dreiecks allein hiermit erklären ließe. Schon zuvor wurde in der Region Opium angebaut, nicht nur antikommunistische Paramilitärs profitierten vom Geschäft, und die westlichen Staaten verfolgten eine weitaus widersprüchlichere Politik. Dennoch kann man festhalten, dass sich der Drogenhandel auch deshalb so rasant in Südostasien ausbreitete, weil sich irreguläre antikommunistische Truppen – neben den laotischen Hmong auch die nationalchinesische Kuomintang in ihren Rückzugsgebieten in Myanmar – mit Opiumgeldern finanzierten. Da sie aus Sicht der Imperialmacht USA eine wichtige Funktion erfüllten, wurden sie (und ihre Verbündeten in den Polizei- und Militärapparaten Thailands und Südvietnams) von den US-Behörden gedeckt und vor Strafverfolgung geschützt.

---

<sup>14</sup> Der an der Operation beteiligte Offizier Roger Trinquier hat die Existenz dieser „Operation X“ in einem öffentlichen Brief Anfang der 70er Jahre ausdrücklich bestätigt (vgl. ebd., S. 709f). Interessant an der Figur Trinquier ist zudem, dass seine Strategieschrift „La guerre moderne“ später als Grundlage der Contraguerrilla-Kriegführung galt und in den 60er Jahren auch in lateinamerikanischen Armeen verbreitet und unterrichtet wurde.

<sup>15</sup> Vgl. Roger Warner, *Shooting at the moon. The Story of America's Clandestine War in Laos*, South Royalton/Vermont 1996.

Ein derartiges Muster lässt sich auch in den Konflikten der 80er Jahre herausarbeiten. Zwar ist die bei manchen Linken populäre These, das islamistische Netzwerk Al Qaida und die drogengespeiste Kriminalität in Afghanistan seien „Geschöpfe der USA“, in dieser Verkürzung falsch, weil dadurch die Eigeninteressen der lokalen Akteure ausgeblendet werden. (Der Krieg Al Qaidas gegen die USA zeigt deutlich, dass hier keine einseitige Instrumentalisierung vorlag. Und auch der Opiumhandel mit seiner Eigendynamik entzieht sich letztlich jeder Kontrolle – auch der einer Supermacht.) Doch ein Zusammenhang lässt sich umgekehrt auch nicht leugnen: Die US-Operationen zur Unterstützung des antisowjetischen Guerillakriegs haben in den 80er Jahren sowohl den religiösen Fanatismus als auch die Drogenkriminalität in Afghanistan und Pakistan gestärkt.

So spielte die afghanische Opiumproduktion vor der sowjetischen Besatzung nur eine untergeordnete Rolle. Erst als der afghanische Widerstand 1979 den Krieg gegen die Besatzungsmacht aufnahm und die Geheimdienste der USA und Pakistans die „Freiheitskämpfer“ logistisch massiv unterstützten, verwandelte sich die afghanisch-pakistanische Grenzregion in einen führenden Produktionsort für Heroin. Auch hier spielte geopolitischer Pragmatismus eine zentrale Rolle: Der Krieg gegen die Sowjets musste finanziert werden, das Opium stellte eine unerschöpfliche Geldquelle dar. Die logistische Unterstützung der Mudschaheddin durch die Geheimdienste eröffnete der lokalen Opiumproduktion neue Kanäle. Und da der Drogenhandel eine geopolitische Funktion erfüllte, waren die Akteure dieses Geschäfts auch in diesem Fall vor einer Strafverfolgung durch die westlichen Staaten weitgehend sicher.

Diese Logik prägte nicht nur Afghanistan nachhaltig, sondern wirkte sich auch auf Pakistan fatal aus: Der Geheimdienst ISI gewann an Macht; Militär, Staatsmacht und organisierte (Drogen-) Kriminalität brachten undurchschaubare Verbindungen hervor. Die Staatsmacht bildete, ganz ähnlich wie heute in Kolumbien, mafiose Züge aus.

### **Die Finanzierung der nicaraguanischen Contra**

Für den Contra-Krieg gegen das sandinistische Nicaragua lässt sich ebenfalls ein derartiger Zusammenhang ausmachen. Nachdem 1986 mit der sogenannten Iran-Contra Affäre die illegalen, von der US-Administration veranlassten Waffenlieferungen an den verfeindeten Iran und die Weitererleitung der Erlöse an die nicaraguanische Contra publik geworden war, stellte eine Untersuchungskommission des US-Senats unter Führung John Kerrys zwei Jahre später auch fest, dass die von den USA gelenkte Contra in den Drogenhandel

verwickelt war, ihre logistischen Strukturen für den Drogenschmuggel in die USA genutzt wurden und internationale Drogenhändler – darunter auch das Medellín-Kartell – der Contra Geld, Waffen und Flugzeuge zur Verfügung stellten.<sup>16</sup>

Nachdem die Tageszeitung „San José Mercury News“ 1996 das Thema noch einmal aufgegriffen und die These aufgestellt hatte, die Ausbreitung von Crack in den afroamerikanischen Stadtteilen hänge mit der Contra-Unterstützung durch die US-Regierung zusammen, sahen sich der Geheimdienst CIA und das US-Justizministerium zu internen Untersuchungen gezwungen.<sup>17</sup> Die Lektüre dieser Berichte ist äußerst erhellend. Wie kaum anders zu erwarten, stellen die Behörden keinen Zusammenhang zwischen der Crack-Epidemie und der US-Regierungspolitik fest. Dennoch bestätigen sie zentrale Aussagen der Kritiker. Der Bericht des CIA-Generalinspektors Frederick Hitz beispielsweise hält fest, der CIA sei frühzeitig darüber informiert gewesen, dass Firmen und Piloten des Contra-Unterstützungsprogramms in den Drogenhandel verwickelt waren. Auch Hinweise auf „verdächtige Aktivitäten“ auf dem salvadorianischen Militärflughafen Ilopango Air Base, der damals zu den wichtigsten US-Stützpunkten in Lateinamerika gehörte, habe der Geheimdienst besessen. Und es wird bekräftigt, dass die US-Regierung im Rahmen der Contra-Unterstützung fast eine Million US-Dollar an sechs Firmen zahlte, die von verurteilten oder mutmaßlichen Drogenhändlern aus dem exilkubanischen Milieu betrieben wurden.

In den Berichten finden sich darüber hinaus auch Hinweise darauf, dass US-Personal direkt an Drogenoperationen beteiligt war. Im Bericht des US-Justizministeriums werden die Aussagen eines DEA-Mitarbeiters zitiert, der den Nationalen Sicherheitsrat der Regierung Reagan der direkten Beteiligung am Kokainschmuggel bezichtigte. Dem Mitarbeiter zufolge, der in den 80er Jahren in Zentralamerika eingesetzt war und schließlich seinen Dienst quittierte, hat der US-Hangar auf dem salvadorianischen Flughafen Ilopango als Umschlagplatz für Drogen und Waffen fungiert.<sup>18</sup> Alle diesbezüglichen Hinweise seien von seinen Vorgesetzten unterschlagen worden.

Das US-Justizministerium schätzte diese Aussagen 1997 zwar als unglaubwürdig ein. Doch der Hinweis passt durchaus zu anderen Puzzlesteinen der Contra-Affäre: Als im Oktober

---

<sup>16</sup> Subcommittee on Terrorism, Narcotics and International Operations of the Committee on Foreign Relations United States Senate, „Drugs, Law Enforcement and Foreign Policy“, Washington, 1988.

<sup>17</sup> Vgl. Central Intelligence Agency General Inspector, Report of Investigation. Allegations of connections between CIA and the Contras in cocaine trafficking to the United States (Hitz-Report), 1998; US Department of Justice, OIG Special Report. The CIA-Contra-Crack Cocaine Controversy. A Review of the Justice Departments Investigations and Prosecutions, 1997.

<sup>18</sup> Ebd, Kap. 10.

1986 eine US-Zivilmaschine des Contra-Unterstützungsprogramms über Nicaragua abgeschossen wurde, erklärte der überlebende Geheimdienstmitarbeiter Walter Hasenpus, der Flug sei Teil eines vom damaligen Vizepräsidenten George Bush geleiteten Geheimprogramms. Gleichzeitig behauptete die FBI-Informantin Wanda Palacios, die vor einem US-Gericht als Kronzeugin gegen das Medellín-Kartell aussagte, einen der abgeschossenen Piloten wiederzuerkennen. Kolumbianische Drogen-Capos hätten ihr gegenüber von Geschäften gesprochen, bei denen Kokain gegen Waffen für die Contra getauscht werde. Die Kronzeugin war überzeugt, den über Nicaragua abgeschossenen Ko-Piloten der Maschine ein Jahr zuvor bei einem Drogen-Deal in Nordkolumbien getroffen zu haben. Und der Nicaragua-Korrespondent der Presseagentur AP wiederum behauptete, diese Aussage stimme mit den Daten im Logbuch der abgeschossenen US-Maschine überein.<sup>19</sup> Diese sei zum genannten Zeitpunkt tatsächlich in Nordkolumbien gewesen.

Doch auch diesen Spuren wurde nicht weiter nachgegangen.

### **Machtressource Drogenökonomie**

Es scheint also immerhin klar zu sein, dass westliche Staaten den Drogenhandel und andere Formen der organisierten Kriminalität aus geopolitischen Kalkülen immer wieder toleriert oder sogar protegirt haben. Und offensichtlich blieb dieses Vorgehen nicht auf den Kalten Krieg beschränkt. Die organisierte Kriminalität ist in Kolumbien bis heute Bestandteil einer informellen Sicherheitsarchitektur. Die AUC-Milizen sind demobilisiert, doch nach wie vor verüben Strukturen der organisierten Kriminalität politische Morde, die im Interesse von Staatsmacht und Unternehmen sind.

Auch in Afghanistan sind Warlords, die sich mit Drogenhandel und Schutzgelderpressungen bereichern, nach wie vor Teil der vom Westen installierten Ordnung. Washington beäugt die Warlords zwar mit Misstrauen – wohl nicht zuletzt deshalb, weil sie ständig die Seite zu wechseln drohen. Doch beim Sturz der Taliban 2001 hat sich Washington gezielt dieser Gruppen bedient, und bis heute sitzen führende Kriegsherren in der Karsai-Regierung.

Es kann also nicht die Rede davon sein, dass – wie es in den NATO-Sicherheitsdoktrinen behauptet wird – Warlords, Piraten, organisierte Kriminalität und islamischer Fundamentalismus die neuen Feinde der westlichen Staatengemeinschaft sind. Das

---

<sup>19</sup> Vgl. Mylène Sauloy und Yves Le Bonniec, ¿A quién beneficia la cocaína?, Bogotá 1994, S.180-183; Robert Parry, Lost History. Contras, Cocaine, the Press, Arlington 1999, S. 123 ff.; „New York Times“, 23.8.1987.

Verhältnis ist komplexer: Organisierte Kriminalität, Warlords und Fundamentalisten sind auch immer wieder in westliche Sicherheitskonzepte eingebunden. Das ist in der Geschichte selbstverständlich nicht neu: Die Kunst imperialer „Ordnungspolitik“ bestand immer schon darin, unübersichtliche Schauplätze so zu beeinflussen, dass die eigenen Interessen gewahrt bleiben. Geopolitik ist eben Realpolitik – allerdings in ihrer drastischsten Variante: Um ein politisches System, Investitionen oder Rohstoffvorkommen vor einer revolutionären Bedrohung oder feindlich gesonnenen Regierungen zu schützen, scheinen alle Mittel Recht.

In welche Gefilde die Drogenpolitik dadurch gerät, lässt sich an einem weiteren wenig beachteten Skandal aus Kolumbien aufzeigen. Dort wurde vor einigen Jahren bekannt, dass US-Beamte zwischen 1997 und 2004 so genannte Justiz-Deals mit kolumbianischen Drogenhändlern aushandelten. Mehr als 100 Drogenhändler, darunter auch wichtige Paramilitärs, kamen in den Genuss eines völligen Straferlasses. Als Gegenleistung mussten sie Informationen über Handelsrouten preisgeben und Beträge zwischen zwei und zehn Mio. US-Dollar an die USA zahlen.<sup>20</sup> Als diese Praxis bekannt wurde, suspendierte die DEA die beteiligten Beamten vorübergehend vom Dienst. Ein Gericht in Florida stellte jedoch kurze Zeit später fest, dass das Vorgehen der Beamten vom US-Justizministerium autorisiert worden war.

Das Bizarre an diesem „Resozialisierungsverfahren für Drogenhändler“, wie es in Kolumbien ironisch bezeichnet wurde, ist nun nicht, dass mit der organisierten Kriminalität verhandelt wurde. Bemerkenswert ist, dass die AUC-Paramilitärs beim Zustandekommen der Kontakte eine wichtige Rolle spielten und Gespräche mit den US-Behörden vermittelten. Und brisant ist weiterhin auch die Frage, was eigentlich mit dem konfiszierten Geld geschah. Der für die US-Behörden tätige Mittelsmann bezifferte die Summe der im Rahmen der Justiz-Deals beschlagnahmten Drogengelder vor einem US-Zivilgericht auf 250 bis 500 Mio. US-Dollar<sup>21</sup>. Und gegenüber dem renommierten kolumbianischen Drogenexperten Fabio Castillo bekräftigte derselbe Mann in einem Interview, das Geld sei für einen US-Geheimfonds bestimmt gewesen. Dieser sollte „wie im Fall Iran-Contras“ dazu verwendet werden, die Paramilitärs zu finanzieren.<sup>22</sup>

---

<sup>20</sup> Vgl. „El Tiempo“, 25.11.2002, „El Nuevo Herald“, 6.1.2003, „El Espectador“, 14.2.2003, „St. Petersburg Times“, 4.5.2003; sowie Jorge Téllez und Jorge Lesmes, *Pacto en la Sombra*, Bogotá 2006, und Gerardo Reyes, *Nuestro Hombre en la DEA*, Bogotá 2007.

<sup>21</sup> United States Court of Federal Claims, *Case Baruch Vega vs. United States*, 2007.

<sup>22</sup> „El Espectador“ 1.12.2002.

Selbstverständlich sind die Antidrogendiskurse der Vereinigten Staaten mehr als nur leere Rhetorik. Ein Diskurs entfaltet auch immer reale Wirkungsmächtigkeit. Doch die US-Politik wird in erster Linie von machtpragmatischen Überlegungen bestimmt. Hier ist legitim, was nützlich scheint. Die Drogenökonomie ist eine gewaltige Machtressource – so lange Drogen illegal sind, ist sie eine der größten Finanzquellen überhaupt. Offensichtlich versteht es die Weltmacht USA, auch auf dieser Klaviatur zu spielen. Wenn man über Drogenpolitik spricht, muss man – neben der ökonomischen Frage, welche Bedeutung die Schattenökonomie in der legalen Finanzwelt besitzt – auch diesen normalerweise ausgeblendeten Zusammenhang berücksichtigen.